

# Die Jugend gestaltet die Zukunft selbst, statt sie den G20 zu überlassen

*Pressemitteilung des Aktionsbündnisses Jugend gegen G20*



HAMBURG

Ein bundesweiter Zusammenschluss aus gewerkschaftlichen, internationalistischen, sozialen und antifaschistischen Jugendgruppen, Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen sowie dem

Jugendrat

Hamburg ruft zu Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli auf.

Sie

verweisen darauf, als Jugend nicht von den Regierungschefs der 19

wichtigsten Wirtschaftsnationen und der EU vertreten werden zu wollen.

„Die G20 entscheiden über unsere Köpfe hinweg, entgegen unseren

Interessen. Als junge Generation wenden wir uns gegen eine Politik der

nationalistischen und neoliberalen Krisenverwaltung, die zu Lasten

unserer Zukunft geht. Deshalb organisieren wir einen vielseitigen und

bunten Block auf der internationalen Großdemonstration am 08. Juli in

Hamburg.“ sagt Marvin Hopp, von der bundesweiten Plattform.

Laura Kroger vom Jugendrat Hamburg fügt hinzu: „Wir planen

einen massenhaften Jugendprotest gegen den G20 Gipfel. Die Hamburger Schulen und Unis werden am 7. Juli bestreikt werden. Statt zur Schule oder in die Uni, werden wir gemeinsam auf die Straße gehen und unsere Vorstellung einer grenzenlosen und solidarischen Gesellschaft deutlich machen!“

Jugend gegen G20 mobilisiert

- zu dem „Gipfel für globale Solidarität“ am 5./6. Juli und wird mit einem eigenen Workshop vertreten sein.
- zu einem Bildungstreik, im Rahmen des Aktionstags gegen den G20-Gipfel am 7. Juli.
- zu einem „Jugend gegen G20“-Block auf der internationalen Großdemonstration am 08.Juli.

*Aufruf der bundesweiten Plattform Jugend gegen G20*

**Our future is unwritten – let's fight together**

Wir, als „Jugend gegen G20“, sind eine bundesweite Plattform, die der Anlaufpunkt für junge Menschen ist, welche sich in die Proteste gegen den G20-Gipfel einbringen wollen. Wir rufen dazu auf, sich an den vielseitigen Aktivitäten im Rahmen der „G20-Plattform“ zu beteiligen.

Wir wollen:

- den Gegengipfel („Gipfel für globale Solidarität“) vom 5.7. (Mi.) bis 6.7. (Do.) dafür nutzen, um in einen

internationalen Austausch zu kommen und uns weiter zu vernetzen.

- am 7.7. (Fr.) durch Kreativität, Vielfalt und massenhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams unseren Protest nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar machen.
- auf der Großdemonstration am 8.7. (Sa.) ein internationales Zeichen der grenzenlosen Solidarität setzen.

Wir organisieren uns in diesem Rahmen, um unsere Situation und Interessen zur Geltung zu bringen. Hierfür werden wir unsere verschiedenen Alltagskämpfe zusammenführen und im Rahmen der Proteste gegen den G20-Gipfel unsere Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen einen gemeinsamen Ausdruck verleihen. Seien es die Ängste um eine lebenswerte Zukunft, aufgrund einer fortlaufenden Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlage. Sei es die Ablehnung von Herrschaftsmechanismen, welche insbesondere in jüngster Vergangenheit in Form eines erstarkenden Sexismus und Rassismus auf dem Vormarsch sind. Seien es die Auswirkungen kapitalistischer Krisen, welche z.B. durch die europäische Austeritätspolitik (unter deutscher Führung) in Form einer massiven Jugendarbeitslosigkeit auf dem Rücken junger Menschen abgewälzt wird. Weltweit betreffen uns diese Entwicklungen als Jugend in besonderem Maße: es ist an der Zeit sich gemeinsam dagegen zu erheben!

Im Juli 2017 trifft sich unter Beteiligung von Trump, Putin und Erdogan die 1. Liga der Unsympath\*innen in Hamburg. Sie tun dies vor allem als Krisenverwalter\*innen eines immer autoritärer werdenden Kapitalismus, welcher weltweit unsere Lebensbedingungen bedroht. Beim G20-Gipfel geht es daher bei weitem nicht um unsere Interessen. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entgegen. Wir werden im Rahmen der Proteste eine solidarische Perspektive einer lebenswerten Zukunft sichtbar machen.

**Deshalb rufen wir auf:** Fahrt mit uns nach Hamburg und

beteiligt euch an den internationalen Protesten! Organisiert euch im Rahmen von Jugend gegen G20 für eine solidarische Gesellschaft!

### **Wer wir sind:**

Wir sind ein Zusammenschluss aus sozialen, internationalistischen, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Jugendgruppen, Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen, die im Juli 2017 gegen den G20-Gipfel in Hamburg auf die Straße gehen werden. Wir werden den Protest gegen den G20-Gipfel nutzen, um unsere unterschiedlichen Kämpfe zusammenzuführen und ein deutliches Signal für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung zu setzen. In uns wächst die Erkenntnis, dass ein gutes Leben für alle im Kapitalismus nicht möglich ist, daher soll unser Zusammenkommen über den Widerstand gegen den Gipfel der G20 hinausgehen.

---

## **LGBTIQ\*-Phobie ist keine Alternative!**



Wieso solltest du am Samstag nach Köln fahren und dort gegen die AfD demonstrieren? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns in unserer vierteiligen Webserie. Gestern haben wir euch bereits gezeigt, wieso die AfD

rassistisch ist. Heute geht es um LGBTIQ\*-Phobie. Zu erst sollte man anmerken, wofür LGBTIQ\* überhaupt steht. Das Kürzel LGBTIQ\* (wörtlich Lesbian, Gay, Bi, Transgender, Inter und

Queer) umfasst Homo-, Bi und Intersexualität, Transgender, Queer und alle anderen Sexual- und Geschlechtsorientierungen (dafür steht dieses schöne Sternchen\*!). Kurz gesagt ist LGBTIQ\*-Phobie also der erweiterte Homophobiebegriff.

Doch nun zur eigentlichen Thematik: Die AfD ist LGBTIQ\*-phob. Wieso? Nun, dazu reicht ein einfacher Blick in das Grundsatzprogramm. In diesem wurde unter anderem beschlossen, dass man die Ehe zwischen Mann und Frau „schützen“, Schulaufklärung über Homo- und Transsexualität bekämpfen und „Gender-Forschung“ abschaffen wolle. Die Webseite [queer.de](https://www.queer.de) nennt es eine „in ein Parteiprogramm gegossene „Demo für alle““ – eine jährlich stattfindende, LGBTIQ\*-phobe Demonstration – „die wie die Kundgebung selbst offen für darüberhinausgehende Forderungen ist und allerlei Möglichkeiten zur homo- und transphoben Stimmungsmache bietet“.

Die AfD verkauft ihre LGBTIQ\*-Phobie vor allem durch eine immer wiederkehrende Floskel: „Schutz der traditionellen Familie“. Sie versucht, ein Angriffsszenario auf die Ehe zwischen Frau und Mann zu suggerieren. Die Ehe zwischen Mann und Frau sei ja heilig, so ein Argument christlicher Fundamentalist\*innen, welche auch auf angesprochener „Demo für alle“ zu Hauf zu finden sind. So schlecht diese „Argumente“ auch sind, so ziehen sie leider bei einigen. Wie soll denn bitte eine Ehe zwischen Frau und Frau, Mann und Mann oder sonstige nicht heteronormativen Lebensgemeinschaften die Ehe zwischen Frau und Mann angreifen? Mit der Aussage, dass die Ehe zwischen Frau und Mann damit ihren besonderen Status verliere, gibt man doch schon offen zu, dass man nicht heteronormative Lebensgemeinschaften als „weniger wertvoll“ einstuft. Dabei sollte es doch mittlerweile klar sein, dass jede Liebe gleich viel Wert ist! Niemand ist weniger wertvoll als jemand anderes, nur weil sie\*er ein anderes Geschlecht liebt. Und das „Argument“, dass die Ehe zwischen Frau und Mann heilig sei, sollte in einem vermeintlichen Säkularstaat überhaupt nicht ziehen.

Doch hetzt die AfD auch auf eine ganz andere, noch viel ekligere Art und Weise gegen LGBTIQ\*-Personen und Lebensgemeinschaften: das Kindeswohl sei gefährdet. Wo immer man keine Argumente mehr hat, muss man anscheinend mit dem Kindeswohl die niedersten Instinkte der Menschen ansprechen. Absurde Behauptungen werden in den Raum geworfen. So ist man etwa gegen das Adoptionsrecht von LGBTIQ\*-Paaren, da Kinder ja Mutter und Vater bräuchten, nicht etwa Mutter und Mutter. Zwei Dinge werden hierbei allerdings völlig außen vorgelassen. Erstens haben diejenigen Kinder, welche zur Adoption frei sind, in der Regel weder Vater noch Mutter, welche\*r sich um sie kümmert. Zweitens zeigen Studien, dass Kinder in nicht heteronormativen Lebensgemeinschaften genau so glücklich sind und die Erziehung genau die gleiche Qualität aufweist wie in Heterosexuellen Lebensgemeinschaften. Viele zur Adoption freigegebenen Kinder wären so froh, endlich eine Familie zu haben, völlig unerheblich, ob diese aus einer Heterosexuellen Lebensgemeinschaft bestünde oder nicht. Und so gefährdet die AfD ihr ach so hoch geschätztes Kindeswohl selbst mehr, als sie es schützt.

Zu guter Letzt führt man oftmals noch ein völlig schwachsinniges Pseudoargument an, wieder geht es ums Kindeswohl. Um ganz genau zu sein: **DIE VERSCHWULUNG UNSERER KINDER!!!111!!!11eins**elf. Spaß beiseite, anscheinend hat die AfD wirklich Angst davor, dass Kinder in der Schule lernen, dass nicht heteronormative Lebensgemeinschaften etwas völlig normales sind. Mit Begriffen wie „Verschwulung“ oder „Gender-Wahn“ hetzt die AfD gegen sexuelle Aufklärung, welche auch nicht heteronormative Partnerschaften umfasst. Wie die anderen angeführten Punkte lässt sich auch dieser relativ leicht als stumpfe LGBTIQ\*-Phobie entlarven. Erst einmal: Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, wie wichtig sexuelle Aufklärung an Schulen ist. In einer Welt, in der man Pornos an jeder Ecke im Internet findet, ist es wichtig zu zeigen, was Sexualität eigentlich wirklich ist, ohne Kindern dabei ein gestörtes Sexualbild zu vermitteln. Dabei ist es ebenfalls wichtig zu

zeigen, dass Heterosexualität nicht die einzig normale sexuelle Orientierung ist, sondern alle anderen genau gleich viel wert sind. Genau das möchte die AfD allerdings nicht: LGBTIQ\* als gleichwertig anerkennen.

Doch genau das ist es. Gleichwertig. Liebe ist Liebe und Liebe kennt kein Geschlecht. Dafür stehen wir ein. Und du am Samstag hoffentlich auch.

---

# Rassismus ist keine Alternative!



Teil Eins unserer kleinen Serie beschäftigt sich mit dem Offensichtlichen: Rassismus in der AfD. Die AfD ist eine rassistische Partei – doch wieso eigentlich?

Am einfachsten ist der Rassismus in der AfD an den immer wieder vorkommenden verbalen „Ausrutschern“ zu sehen. Aussagen von Björn Höcke wie „Die Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“ über das Holocaust-Denkmal in Berlin und dem Kommentar „Solange wir bereit sind, diesen Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen, wird sich am Reproduktionsverhalten der Afrikaner nichts ändern“ zur

schwarzen Bevölkerung sind eindeutig rassistisch. Doch nicht nur Björn Höcke bringt solche „Ausrutscher“, auch Frauke Petry, Beatrix von Storch, Alexander Gauland und selbst der ehemalige AfD-Chef Bernd Lucke stehen in ihrer Hassrede gegen Schwarze, Muslime, Juden, Sinti und Roma und andere Minderheiten in nichts nach.

Nun könnte man argumentieren, dass all diese Äußerungen lediglich von Einzelpersonen stammen und nicht zwangsläufig den Parteikonsens darstellen. Doch nicht nur sind genannte Personen gewählte Repräsentationsfiguren, nein, der existierende Parteikonsens ist ebenfalls zutiefst rassistisch. In einer Tour hetzen Anhänger der AfD gegen Geflüchtete und Muslime.

Maßgeblich geschieht das in zwei Art und Weisen. Die erste ist das Diffamieren von Geflüchteten und Muslimen allgemein als Vergewaltiger, Mörder oder gar Terrorist\*innen. Immer wieder bezieht sich die AfD auf islamistische Attentate wie die Anschläge von Paris oder Berlin, immer wieder werden von Geflüchteten begangene Vergewaltigungen bis zum Limit ausgeschlachtet. Spöttisch wird mittlerweile die Phrase „bedauerlicher Einzelfall“ benutzt. Auf den ersten Blick scheinen das einige Statistiken sogar zu belegen. Schaut man doch einmal genauer hin, fällt auf, dass Geflüchtete nicht krimineller als der Durchschnittsdeutsche sind. So könnte man meinen, dass „nichtdeutsche Kriminalität“ in keiner Relation zur nichtdeutschen Bevölkerung in Deutschland stehe, vergisst dabei aber ganz schnell, dass nicht nur Geflüchtete keinen deutschen Pass besitzen. Auch die Millionen von Tourist\*innen, die jedes Jahr ihren Urlaub in Deutschland verbringen, weisen keine deutsche Staatsbürgerschaft auf, von international organisierten kriminellen Banden ganz zu schweigen. Solche Faktoren verschweigt die AfD sehr gerne und erweckt so den Eindruck, dass Geflüchtete tendenziell kriminell seien.

Auch der Terrorismusvorwurf ist absurd. So vergisst man innerhalb der AfD sehr gerne, dass die Pariser Attentäter



größtenteils Französische Staatsbürger waren, so wie die Attentäter in Brüssel zum größten Teil gebürtige Belgier waren. Natürlich ist Terrorismus eine Gefahr, der wir begegnen müssen, doch schürt die AfD genau die Angst und den Hass, die der Terror erzeugen soll. Natürlich kann sich ein Attentäter als Geflüchteter ausgeben, das legitimiert allerdings keineswegs die Untersagung von Hilfe an Geflüchtete. Zumal für den IS eine Rekrutierung von Attentätern vor Ort ohnehin viel effektiver ist, wie sich in Frankreich gezeigt hat.

Insgesamt kann man diese erste Methode also relativ einfach als billige Hetze entlarven. Doch nicht nur auf eine solch offene Art und Weise äußert sich der Rassismus in der AfD. Auch subtil fördern Aussagen und Positionspapiere der AfD immer wieder eine ebenso gefährliche Art des Rassismus zu Tage – den bürgerlichen Nützlichkeitsrassismus. Teuer wären die Flüchtlinge für den Steuerzahler, sie würden in blankem Luxus leben. Man schafft Neid gegenüber Geflüchteten. Dabei sieht die Realität ganz anders aus.

Hier in Baden-Württemberg stehen Geflüchteten in Aufnahmelagern im Schnitt 4,5m<sup>2</sup> zum Leben zur Verfügung. In Containern und Zelten sind sie untergebracht, gezwungen, mit hunderten Anderen auf engstem Raum zu leben. Luxus sieht anders aus. Auch die angeblich horrenden Summen, die Geflüchtete vom Staat erhielten, sind schlicht erlogen. Geflüchtete bekommen in der Regel deutlich weniger als den ohnehin schon menschenunwürdigen ALG-II-Satz. Dazu kommen Berufsverbote und in den ersten Monaten sogar Sprachlernverbote. Zusammengefasst: Als Geflüchtete\*r hat man wenig Platz, wenig Geld und wenig Chancen, aus Eigenleistung etwas daran zu ändern. Das komplette Gegenteil der Behauptungen der AfD also.

Für diese frei erfundenen Probleme bietet die AfD natürlich auch Lösungen an: Abschiebungen. Man redet von „Gastrecht“, von „kriminellen Ausländern“ und davon, dass diese nichts hier zu suchen hätten, wenn sie sich nicht benehmen könnten. Doch

sind auch kriminelle Menschen, und Menschen sollten – ungeachtet ihrer Nationalität – gleich behandelt und somit auch gleich bestraft werden. Man spricht von „Wirtschaftsflüchtlingen“, die nur das Geld in Deutschland wollen. Dabei flüchten diese vor Hunger und Leiden. Niemand lässt ohne einen tiefgreifenden Grund einfach seine Heimat und seine Familie zurück. Es macht keinen Unterschied, ob jemand von einer Bombe oder von Hunger getötet wird – das Ergebnis bleibt gleich. Abschiebungen sind Mord und das waren sie schon immer. Ergo ist ihre „Lösung“ zu völlig imaginären, rassistischen Problemen Rassismus. Tödlicher Rassismus.

All das zeigt eine Sache: Die AfD ist rassistisch. Rassismus ist keine Alternative und das sollte sie nie sein. Jede\*r, die\*der im Geschichtsunterricht in der Schule auch nur halbwegs aufgepasst hat (oder einfach nur klar denken kann), sollte wissen, wie brandgefährlich solch rassistische Propaganda ist und wo sie hinführen kann. Und genau deswegen solltest auch du diesen Samstag in Köln gegen die AfD und ihren Rassismus auf die Straße gehen um zu zeigen, dass Rassismus keinen Platz in einer modernen Gesellschaft haben sollte!

---

**Linksjugend [‘solid] Baden-  
Württemberg kritisiert Die  
Linke Brandenburg**



Im Brandenburger Landtag wurde der Antrag auf einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan gekippt. Daran war unter anderem die Partei Die Linke beteiligt, welche derzeit in einer Rot-Roten Koalition an der Regierung ist. Hierzu äußerte sich nun der Baden-Württemberger Landesverband ihrer Jugendorganisation.

Am Freitag, den 3. März dieses Jahres, wurde der von Bündnis 90/ Die Grünen beantragte Abschiebestopp nach Afghanistan vor dem Brandenburger Landtag gekippt. Daran beteiligt war auch die mit der SPD zusammen regierende Linkspartei. Stattdessen handelte man

mit der SPD zusammen einen Beschluss aus, nachdem man sich weiterhin nicht an Sammelabschiebungen beteilige und durch konsequente Einzelfallprüfungen bei maximalem Ausnutzen der Ermessensspielräume Abschiebungen erschwere bzw. verhindere. Der Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg zufolge sei dies zwar ein „lobenswerter Beschluss“, ersetze allerdings keinen kompletten Abschiebestopp, auch wenn dieser nur über drei Monate verhängt werden kann. Als Vorbild nannte man Schleswig-Holstein, wo ein solcher Abschiebestopp bereits beschlossen wurde.

„Zwar können wir nachvollziehen, dass man in den Verhandlungen mit der SPD eher auf die vermeintlich langfristige Lösung gesetzt hat, allerdings ist in einer solchen Situation die generelle Sinnhaftigkeit einer Regierungsbeteiligung zu hinterfragen“, so Lars Eppinger, Pressesprecher der Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg. Der Jugendverband spricht sich generell gegen Abschiebungen aller Art aus. Besonders nach Afghanistan seien diese allerdings besonders abzulehnen, da „Abschiebungen nach Afghanistan häufig einem Todesurteil gleich kommen“, so Pressesprecherin Emilie Gruber. Wer mit „Abschiebeparteien“ wie der SPD regiere, habe auch die Abschiebungen mit zu verantworten.

Von der Mutterpartei fordere man eine konsequente Ablehnung von Abschiebungen. In Situationen wie dieser erwarte man ein Hinten anstellen der Koalitionsdisziplin, da „in Entscheidungen, bei denen es um Leben und Tod geht, Kompromisse völlig fehl am Platz sind“, so Eppinger abschließend.